III. Bereicherungsrecht

Schließlich hatte die Kl. hilfsweise noch bereicherungsrechtliche Ansprüche geltend gemacht. Angesichts der ständigen Rechtsprechung des BSG⁹ zur (Nicht-)Anwendbarkeit des Bereicherungsrechts war dies allerdings von vornherein wenig erfolgsversprechend. Danach steht einem Leistungserbringer für Leistungen, die unter Verstoß gegen das Leistungserbringerrecht der GKV bewirkt wurden, grundsätzlich kein Vergütungsanspruch auf bereicherungsrechtlicher Grundlage zu. Dies gilt unabhängig davon, ob die Leistungen im Übrigen ordnungsgemäß erbracht worden sind und ob sie für den Versicherten geeignet und nützlich sind.

Nachdem der jetzt allein zuständige 1. Senat im November 2015¹⁰ auch die vom früher für die Krankenhausvergütung zuständigen 3. Senat anerkannte Ausnahme für „Vorschriften mit reiner Ordnungsfunktion“¹¹ aufgeben hat, sind kaum noch Konstellationen denkbar, in denen ein Rückgriff auf Regelungen des Bereicherungsrechts zum Erfolg führen könnte.

Dem Tatbestand der Entscheidung nach hatte die Kl. ihre bereicherungsrechtliche Argumentation in erster Linie auf die Kosten des Arzneimittels ausgerichtet, indem sie geltend gemacht hat, es sei nicht Zweck des Vorrangs ambulanter Behandlung, einer Krankenkasse die Kosten für Arzneimittel zu ersparen, für die sie auch bei ambulanter Behandlung hätte aufkommen müssen.

Diesem Ansatz ist das LSG in Anwendung der ständigen Rechtsprechung des BSG zu Recht nicht gefolgt. Gerade bei dem vorliegenden Sachverhalt hätte die Anwendung von Bereicherungsrecht – auch beschränkt auf die Arzneimittelkosten – letztlich zur Folge gehabt, dass die Kl. ihren Vergütungsanspruch weitgehend hätte realisieren können. Sinn und Zweck der dargestellten restriktiven Rechtsprechung des BSG zum Bereicherungsrecht ist es aber, zu gewährleisten, dass sich die Leistungserbringung innerhalb der geltenden gesetzlichen und vertraglichen Bestimmungen vollzieht und diese nicht umgangen werden können.

IV. Zusammenfassung

Die Entscheidung des Sächsischen LSG bestätigt, dass die medizinische Notwendigkeit nach wie vor einziges und entscheidendes Kriterium für die Erforderlichkeit einer stationären Krankenhausbehandlung ist. Das LSG hat zutreffend entschieden, dass bei fehlender medizinischer Notwendigkeit weder eine „Unwirtschaftlichkeit“ einer ambulanten Behandlung im Einzelfall noch das Bereicherungsrecht einen Vergütungsanspruch rechtfertigen können.

9) Vgl. z. B. BSG, SozR 4-2500 § 109 Nr. 7, Rdnr. 29 m. w. N.

10) BSG, SozR 4-2500 § 109 Nr. 50, Rdnr. 23.

11) BSG, SozR 4-2500 § 109 Nr. 7, Rdnr. 29.

REZENSIONEN

<https://doi.org/10.1007/s00350-018-4884-1>

Zulassungsverordnung für Vertragsärzte, Vertragszahnärzte, Medizinische Versorgungszentren, Psychotherapeuten.

Begründet von Rolf Schallen, herausgegeben von Thomas Clemens und Ruth Düring. C.F. Müller-Verlag, Heidelberg, 9., neu bearbeitete, Aufl. 2018, XVII, 929 Seiten; € 89,99

Der Kommentar von „Schallen“, der bewährte Klassiker zu zulassungsrechtlichen Fragen, ist wieder da. Die neue Auflage wird jetzt herausgegeben von Prof. Dr. Thomas Clemens, (Richter am BSG i. R.) und Frau Dr. Ruth Düring, Richterin am BSG. Die ausführliche Neubearbeitung mit neuem Bearbeiterteam hat mehr als fünf Jahre gedauert, hat sich aber inhaltlich und wegen des neuen Zuschnitts gelohnt. Der Band im bisherigen Format umfasst nunmehr fast 1000 Seiten.

Die Neuauflage führt die Grundstruktur des bisherigen „Schallen-Kommentars“ fort: Die Texte sind klar gegliedert, gut lesbar und nicht überladen; sie sind inhaltlich meist tiefer und breiter angelegt als bisher (vgl. z. B. die Darstellung der Gesichtspunkte für Versorgungsverbesserungen durch Zweigpraxen: § 24, Rdnrn. 15–17). Die Verfasser dokumentieren nicht erst breit Meinungsstände in Schrifttum und Rechtsprechung, um dann zu Lösungen zu kommen, sondern formulieren rasch ihre Ergebnisse (meist mit Begründungen). In Rdnr. 18 zu § 28 heißt es z. B.: *Nach § 95 VII 1 SGB V endet die Zulassung auch mit dem Wegzug des Vertragsarztes aus dem „Bezirk seines Kassenarztsitzes“. Hierunter ist im Rahmen von Zulassungsfragen der Planungsbereich zu verstehen, in dem sich der Vertragsarztsitz befindet; die Auslegung von „Bezirk“ im Sinne von „Planungsbereich“ entspricht der Systematik des Zulassungsrechts mit der dafür maßgeblichen Einteilung in Pla-*

nungsbereiche (vgl. BSG vom 28. 11. 2007¹). Dies ist für § 95 VII SGB V und damit zugleich für § 28 I 3 zu beachten.“ Solche Ausführungen zu durchaus komplexen Fragen mit zugleich argumentativer Kürze eignen sich bestens für den praktischen Gebrauch in der Tagesarbeit der Zulassungs- und Berufungsausschüsse.

Die Neubearbeitung des Kommentars berücksichtigt schwerpunktmäßig u. a. die Neuregelungen durch das GKV-VSG vom 16. 7. 2017 und das AsylVfBeschlGV vom 24. 10. 2015, ferner die Änderungen zur Bedarfsplanung durch den G-BA sowie die Rechtsprechung von BVerfG und BSG zum gesamten Zulassungsrecht. Die umfangreichen Anlagen (knapp 300 Seiten) sind durchgehend aktualisiert.

Der Kommentar ist redaktionell teilweise neu gestaltet; dies erleichtert dem Leser den Zugang zu den Informationen: Im Fließtext sind in Klammern Schrifttum und bundesgerichtliche Rechtsprechung erwähnt, und zwar die bundesgerichtlichen Entscheidungen nur mit ihrem Entscheidungsdatum. Der Leser erkennt also sofort, ob es zu einer bestimmten Frage eine aktuelle oder nur eine ältere Entscheidung gibt. Aktenzeichen und Veröffentlichungsstelle der Entscheidungen stehen in den Fußnoten. Vorinstanzgerichtliche Entscheidungen sowie weiteres Schrifttum finden sich ebenfalls nur dort. – In der Neuauflage wird die Suche nach einschlägigen Textstellen vermehrt durch Fettdruck erleichtert. Auch zusätzliche Gliederungsüberschriften – z. B. in § 21 – helfen, gesuchte Passagen schneller zu finden.

Die neuen Autoren haben viel geändert und aktualisiert, aber auch immer wieder Formulierungen von Schallen aus der Vorauflage übernommen. Dies zeigt, dass das neue Team aufs Ganze gesehen – ungeachtet zahlreicher Neuerungen – den von ihm geprägten Stil erhalten und weitergeführt hat. An einigen Stellen könnte der Kommentar allerdings ausführlicher sein, z. B. bei den komplizierten Fragen der Praxisnachfolge (§ 16b). Trotz solcher Einschränkungen wird eine große Leserschaft (insbesondere Rechtsanwälte, Mitarbeiter von K(Z)Även und Äken, aber auch Ärzte, Richter und Steuerberater) zu erwarten sein (mehr als 1000 Bestellungen lagen schon vor der Auslieferung des Buches vor).